

# Bundesrat Berset deutet Corona-Lockerungen an

Bundesrat Alain Berset ruft die Schweizer Bevölkerung zur Geduld in der Corona-Pandemie auf. Kritik am strikten Kurs bei den Massnahmen zur Eindämmung des Virus weist Berset zurück. Dennoch deutete er in Interviews mit Westschweizer Zeitungen Lockerungen an.



Gesundheitsminister Alain Berset.

Bild: Screenshot Youtube

Der Bundesrat werde an seiner Sitzung von kommender Woche seine Linie festlegen und anschliessend die Kantone konsultieren. Die Landesregierung verstehe die Frustrationen in der Schweizer Bevölkerung und wünsche sich ebenfalls Lockerungen.

Die wichtigsten Indikatoren der Schweiz in der Corona-Pandemie deuteten auf eine Entspannung hin. Dennoch gelte es im Hinblick auf die Entwicklung der neuen Virus-Mutationen, vorsichtig zu bleiben. Die FDP und die SVP hatten zuletzt vehement Lockerungen gefordert.

Der Gesundheitsminister wies Kritik am strikten Kurs des Bundesrates zurück. Er verstehe, dass sich Geschäfte, Restaurants und Kinos in einer unerträglichen Lage befänden. Die Klagen fänden beim Bundesrat Gehör. Aber die Entwicklung der Lage berge bedeutende Risiken.

Seit Beginn der Krise seien die kritischen Stimmen immer dann zu hören gewesen, wenn sich die Lage verbessert habe. Nähmen die Neuansteckungen drastisch zu, schwiegen die gleichen Kreise. Dann werde der Schwarze Peter der Landesregierung zugeschoben.

Berset wies zugleich die Kritik zurück, der Bundesrat habe keine Strategie, die Pandemie wirkungsvoll zu bekämpfen. Er verstehe, dass die politischen Parteien Sicherheiten einforderten. Das aber sei in Zeiten der Krise unmöglich. Er plädiere daher für Flexibilität.

Im letzten Sommer habe die Schweiz sich zu sehr darauf verlassen, dass die Entwicklung der Pandemie positiv verlaufen. So seien etwa die Lockerungen bei grossen Veranstaltungen im letzten Herbst zu früh erfolgt. Auch habe die Kommunikation zwischen Bund und Kantonen nicht immer nach Wunsch funktioniert. Für den Bundesrat sei stets zentral gewesen, die am meisten verletzlichen Personen zu schützen. (sda og)

Publiziert am Freitag, 12. Februar 2021